Nr. 243 20. Jahrg.

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Donnerstag, 20. Oktober 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 16.75 M. Ausgabe B 15.25 M einschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 40 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile aller Anzeigen 1.60 M, im Reklameteil 4.— M. — Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Frankreichs auswärtige Politik vor der Kammer

Paris, 18. Oktober. Die außerordentliche Session der Kammer ist heute nachmittag eröffnet worden. Briand erklärte, es sei gut, die Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung und über die auswärtige Politik der Regierung miteinander zu verbinden. Als erster Interpellationsredner bedauerte der Radikale Margaine, daß Deutschland einen beträchtlichen industriellen Einfluß im Industriebezirk von Oberschlesien behalten solle. Er drückte sodann seine Befriedigung darüber aus, daß Briand selbst Frankreich in Washington vertreten werde. Der Royalist Daudet erklärte, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland sei fünf Wochen nach der Ermordung des Kommandanten Montalegre erfolgt. Die Regierung scheine Deutschland gegenüber eine klare bestimmte Politik zu verfolgen, die zum Ausdruck komme durch das Abkommen von Wiesbaden.

Briand bestritt, daß er gesagt habe, Frankreich solle sich die Ohren verstopfen. Er habe gesagt, Frankreich habe Arbeit und Vertrauen zu sich selbst nötig. Die Worte der Ermutigung, die fortwährend an Frankreich gerichtet würden, könnten es nur beunruhigen. Der Franzose müsse Vertrauen zu sich haben. Aber das alles könne nur in Ordnung und in Frieden erreicht werden. Den Frieden wolle er aufrechterhalten, solange dies möglich sei, und er habe dem Lande den Rat gegeben, nicht auf Provokationen zu hören. Leon Daudet forderte die Kammer auf, allen Deutschen zu mißtrauen, namentlich aber Stresemann und Rathenau. Stresemanns Partei sei die alte Partei Bismarcks, aber auch den Sozialisten könne man nicht trauen. Nach dem Bericht der Agence Havas soll Leon Daudet gesagt haben:

„Ich liebe die deutschen Sozialisten und Republikaner sehr, weil ich Deutschland die Pest wünsche."

Daudet sagte schließlich, man hätte Deutschland die Hände an den Halskragen legen und die Ruhr besetzen müssen. Briand aber habe die französischen Soldaten nicht mobilisiert.

Abg. Peyroux vom nationalen Block bedauerte, daß Briand die gerechte Sache des Obersten Rates nicht habe zum Siege führen können. Briand erwiderte, Frankreich sei im Obersten Rate nicht allein gewesen. Er habe seinen Standpunkt vertreten, aber auch die Verbündeten. Er fragte, was Peyroux gemacht hätte. Dieser antwortete, er hätte seinen Alliierten eine gute Rückreise gewünscht, indem er die Hoffnung auf eine baldige Wiederkehr ausgesprochen hätte.

Briand erwiderte, damit hätte man die Grenzen in Oberschlesien nicht festgesetzt. Peyroux sagte, er sei überzeugt, daß Lloyd George sich schließlich geweigert und daß Briand Recht behalten hätte. Der Anteil, den der Völkerbund Deutschland zugesprochen habe, komme für Deutschland vollkommen unerwartet.

Deutschland behalte die Möglichkeit, in Oberschlesien seine großen Kriegsarsenale wieder aufzurichten.

Der Abgeordnete suchte statistisch nachzuweisen, daß Deutschland auch eine günstige industrielle Situation behalte. Briand erklärte, der Friedensvertrag zwinge Frankreich eine Solidarität auf, die es nicht ohne Gefahr aufgeben könne. Die Besetzung des Ruhrgebiets sei eine Bedrohung gewesen. Peyroux sagte, alle Mitglieder der Kammer wollten eine Friedenspolitik. Briand erwiderte, es sei klug, das von der Tribüne herunter zu betonen, aber Frankreich hätte wählen müssen zwischen seiner und einer anderen Politik. Die Vertreter des Landes müßten die Verantwortlichkeit übernehmen. Das erste sei, dem Lande den Glauben beizubringen, daß die Politik des nationalen Handels neue Lasten Frankreich schaffe. Er sage nicht, daß sie in den Krieg führen werde, aber die Unsicherheit werde die wirtschaftliche Regelung unmöglich machen. Tardieu ruft dazwischen: Und die Steuern! Briand antwortete: Sie werden ja sehen, wie Sie das Defizit decken wollen.

Tagung des englischen Parlaments

London, 18. Oktober. Nach einer Ferienpause von zwei Monaten trat heute nachmittag das Parlament wieder zu einer kurzen Herbsttagung zusammen, in der es sich in der Hauptsache mit der industriellen Krise befassen wird. Kenmworthy beantragte, daß außer der Arbeitslosenfrage während der Herbsttagung auch eine Möglichkeit zur Erörterung der oberschlesischen Frage, der russischen Hungersnot und der irischen Frage geschaffen werde. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wurde von der Regierung auf 1,75 Million angegeben. Lloyd George sagte unter allgemeinem Beifall, er hoffe, persönlich nach Washington gehen zu können, sobald die parlamentarische und die allgemeine Lage dies zuließen. Lord Beatty werde in Washington die britische Flotte und Lord Cavan das britische Heer und Marschall Higging die britischen Luftstreitkräfte vertreten. Sir Morris Hankey werde ebenfalls nach Washington gehen. Chamberlain teilte mit, daß die Regierung im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage vier Gesetzentwürfe einbringen werde. Lloyd George wird morgen bei ihrer Einbringung eine allgemeine Erklärung über die Politik der Regierung abgeben. Chamberlain gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung des Parlaments nicht länger als 14 Tage dauern werde.

London, 18. Oktober. Im Unterhause drang Kenmworthy auf eine Erörterung der oberschlesischen Frage. Er sagte, die Entscheidung des Völkerbundes habe zuwege gebracht, daß die Mark um 200 Punkte gesunken sei, und er bemerkte nebenbei, selbst die Franzosen gäben zu, daß die jetzige deutsche Regierung die beste sei, die Deutschland bisher hatte. Chamberlain sprach sich gegen eine Erörterung der oberschlesischen Angelegenheit aus.

Die englische Delegation für Washington

London, 18. Oktober. Die Times berichten, daß das britische Reich auf der Washingtoner Konferenz durch 7 Delegierte vertreten sein werde, von denen 4 aus den Dominions und die anderen aus Großbritannien kämen. Wenn nicht Ereignisse von außerordentlicher Wichtigkeit Lloyd George verhindern sollten, werde die Delegation des britischen Reiches bestehen aus Lloyd George, Balfour und Lord Lee für Großbritannien, Srinivasa-Sautry für Indien, Lord Robert Borden für Kanada, Sir Pearce für Australien und Sir John Salomon für Neuseeland. Außerdem wird der britische Botschafter in Washington von Zeit zu Zeit an den Verhandlungen teilnehmen.

Das Wiesbadener Abkommen

London, 18. Oktober. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, ein interalliiertes Einvernehmen über das Wiesbadener Abkommen werde vielleicht erzielt werden, jedoch nicht ohne sorgfältige und materielle Abänderungen. Auf britischer Seite bestehe keineswegs die Absicht, Frankreich bei seinem berechtigten Wunsche, den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete mittels deutscher Unterstützung zu beschleunigen, Schwierigkeiten zu bereiten. Zugleich suche jedoch das britische Schatzamt für Großbritannien das Maximum von erreichbaren Reparationen zu sichern und aus diesem Grunde könne es — sei es zugunsten Deutschlands oder Frankreichs — auf irgendwelche wesentlichen britischen Rechte nicht verzichten. Der britische Vertreter müsse sich daher in der Hauptsache von zwei Faktoren leiten lassen: 1. der etwaigen nachteiligen Wirkung des Wiesbadener Abkommens in seiner augenblicklichen Gestalt auf Deutschlands Zahlungsunfähigkeit und 2. von dem Umfange, in dem das Wiesbadener Abkommen Frankreich Priorität gewährt.

Die englische Presse zum Sturze der Mark

London, 18. Oktober. Auch die Morgenblätter befassen sich mit dem Sturze der deutschen Mark. Während „Times" in einem Leitartikel schreibt, eine Ermäßigung der an Deutschland gestellten Forderungen würde im gegenwärtigen Augenblick die wirtschaftlichen Aussichten in Europa nicht verbessern, sagt Daily News, nach seiner Ansicht seien die Reparationsforderungen am Zusammenbruch der Mark schuld. Wenn der Sturz der Mark anhalte, so könne Deutschland womöglich die geforderte Summe nicht bezahlen. Unter Hinweis auf den Schaden, den der Tiefstand der Mark ganz Europa zufügt, fragt Daily News, weshalb man auf der Forderung der Reparationen bestehe.

Die Botschafterkonferenz

Paris, 18. Oktober. Nach dem Echo de Paris wird heute Sir Eric Drummont, der Generalsekretär des Völkerbundes, in Paris ankommen. Man wird sich bemühen, in der oberschlesischen Frage innerhalb der Botschafterkonferenz ein Kompromiß zu finden. Das Blatt glaubt zu wissen, daß Frankreich einen vermittelnden Vorschlag in der nächsten Sitzung, die wahrscheinlich Mittwoch stattfinden wird, vorlegen werde.

Demgegenüber behauptet „Petit Parisien", sachlich seien alle Mitglieder der Botschafterkonferenz einig, daß man die Frage der deutsch-polnischen Grenzlinie nicht von den wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkerbundsrates trennen könne. Frankreich wie England wie auch einstimmig der Rat von Genf glaubten, daß es dem Geiste der vorgeschlagenen Lösung widersprechen würde, die wirtschaftlichen Empfehlungen als einen einfachen Wunsch aufzufassen. Die Schwierigkeit bestehe darin, daß der Friedensvertrag nur die Notifizierung der Grenzlinie vorschreibe, aber nicht die der wirtschaftlichen Maßnahmen. Im Gegenteil, der Friedensvertrag scheine einige hindernde Bestimmungen, wie den Artikel 88 zu enthalten, der erkläre, daß die Funktion der Interalliierten Kommission in Oberschlesien im Laufe des Monats der Notifizierung ein Ende nehmen müsse. Das seien technische Fragen, die geprüft werden müßten, denn es handle sich darum, ein Verfahren zu bestimmen, das sowohl legal als wirksam sei und gestatte, sowohl die Grenzlinie wie das wirtschaftliche Abkommen aufzuzwingen; von den Franzosen werde aber nur die Grenzfrage als imperativ betrachtet.

„Oeuvre" teilt mit, daß in der ersten Sitzung der Botschafterkonferenz Jules Cambon die Ansicht ausgesprochen habe, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in dem Verlangen des Obersten Rates nicht vorgesehen seien, nicht absolut obligatorisch sein könnten. Der Botschafter Japans, Viconte Ishii, und der englische Geschäftsträger hätten erklärt, die Führer der Großmächte hätten sich am 12. August verpflichtet, die Lösung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage, so wie sie der Bund vorschlage, anzunehmen, sodaß die wirtschaftlichen Klauseln nicht von den territorialen Klauseln getrennt würden. Die Mandatare des Obersten Rates hätten nicht das Recht, eine analytische Interpretation, inspiriert von Betrachtungen politischer oder anderer Interessen, zuzulassen. Drei lange Stunden habe man darüber verhandelt. „Oeuvre" erklärt, es sei deshalb eine gewisse diplomatische Gewagtheit zu behaupten, wie der amtliche Bericht der Botschafterkonferenz es tue, daß die Botschafterkonferenz die Lösung des Völkerbundsrates zu der ihrigen gemacht habe. Es sei auch etwas gewagt, in dem gleichen Bericht zu behaupten, daß man am Montag, also gestern, nur die Einzelheiten der Ausführung regeln wolle.

Die alliierten Regierungen für Annahme der Vorschläge

London, 18. Oktober. Wie Reuter erfährt, haben sich alle alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, die Vorschläge des Völkerbundsrates mit Bezug auf Oberschlesien ohne jeden Vorbehalt anzunehmen. Sie betrachten es als von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng nach ihnen richten. Was noch der Erwägung unterliegt, sind einzig und allein die Fragen, die das Verfahren betreffen, insbesondere die Frage der Ernennung einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkerbundsrates überwachen sollen. Es wird für wichtig angesehen, daß diese erledigt werden, bevor die neuen Grenzlinien der deutschen und der polnischen Regierung bekanntgegeben würden.

Volk in Not!

Lähmende Wirkung des Genfer Beschlusses auf das Wirtschaftsleben. — Ein Beamtenführer über die Sorgen der Beamten. — Das Heer der „ausgebildeten" polnischen Beamten naht!

(Von unserem oberschlesischen Mitarbeiter)

Gleiwitz, 17. Oktober.

Die Bewohner der dem Deutschen Reiche nach dem Willen der Genfer Diplomaten zu raubenden Gebiete stehen noch ganz unter dem ersten niederschmetternden Eindruck, daß sie plötzlich zu Polen gehören sollen, daß sie nun doch von dem Schicksale ereilt werden, daß sie immer befürchteten. Erst seit wenigen Tagen ist diese Klarheit eingetreten, und doch hat sich des ganzen Wirtschaftslebens bereits jetzt eine tiefe Lähmung bemächtigt. Alle die Hunderte und Tausende, die in den abtretenden Gebieten sich an der Vorbereitung und Durchführung des Abstimmungskampfes beteiligt hatten, stehen jetzt vor der bangen Frage: Wird der Pole Rache nehmen für die dem Deutschen Reiche geleistete treue Arbeit? Das Deutsche Reich ist den Bewohnern dieses Gebietes plötzlich kein Schutz mehr, sie wissen, daß sie den Rache-Instinkten der Polen schutzlos preisgegeben sind. Der Friedensvertrag, der Polen und Deutschland verpflichtet, die Landbewohner die Haltung während des Abstimmungskampfes nicht entgelten zu lassen, kann diesen Landsleuten ebenso wenig ein Schutz sein, wie er kein Garantieschein für eine gerechte Durchführung der Ergebnisse dieses Wahlkampfes war. Würde es sich um einen Zustand von wenigen Wochen oder auch Monaten handeln, dann würde sich zweifellos schon jetzt ein Strom von Flüchtlingen in die bei Deutschland bleibende Gegend ergossen haben. Es handelt sich jedoch um einen Zustand, der für vielleicht viele Jahre — an eine dauernde Trennung denkt hier niemand — geschaffen werden soll. Mit bangem Herzen wollen deshalb viele Einwohner sich zunächst einmal die Art und Weise ansehen, wie die Polen „regieren" werden. Sie wollen so lange als nur möglich die wirtschaftliche Existenz hüten, auf der ererbten Scholle bleiben, so lange es die Rachgier des Polen gestattet.

Das Geschäft des Kaufmannes ruht. Waren, die bereits in Deutschland bestellt waren, sind in großen Posten in den letzten Tagen abbestellt worden. Bei der vor uns liegenden dunklen Zukunft will sich niemand mit Vorräten belasten. Auch das Handwerkes hat sich bereits eine tiefe Lähmung bemächtigt. Wer irgendwie Bestellungen laufen hatte, versuchte sie in den letzten Tagen wieder rückgängig zu machen. Die nicht an den Ort gebundene Industrie hält Ausschau, wie sie noch rechtzeitig nach Gleiwitz, das anscheinend einer großen Zukunft entgegengeht, kommen kann. Eine Reihe von Werken hatte sich bereits vor längerer Zeit Grundstücke für Verwaltungsbauten gesichert. Man wird jetzt dort bauen und dann die Werke aus dem polnischen in das deutsche Oberschlesien überleiten. Das wird wiederum eine große Abwanderung mit sich bringen. Und die durch die Art ihres Betriebes an den Ort gebundene Industrie dürfte gleichfalls einen großen Teil ihrer deutschen Angestellten verlieren. Der eine Teil will nicht aus Deutschland verschwinden, will nicht in einem polnischen Staat arbeiten, der andere Teil wird von den Polen verdrängt werden. Das polnische Plebiszitbureau war nicht nur eine Einrichtung, die sich mit der Abstimmung allein beschäftigte, es war ein regelrechtes Ministerium mit allen erforderlichen Abteilungen. Die Abteilung für Gewerbe, Handel und Industrie hat seinerzeit ihre berüchtigten Fragebogen versandt zur Feststellung derjenigen Personen, die auf den industriellen Werken auch in einem polnisch gewordenen Lande arbeiten wollen. Die Ausfüllung dieser Fragebogen wurde damals fast durchweg abgelehnt. Korfanty setzte sich darauf mit leitenden Kaufleuten, Technikern, Ingenieuren usw. in Kongreßpolen in Verbindung und interessierte dieselben für eine Beschäftigung in seiner Wojwodschaft Oberschlesien. Sie werden jetzt nach und nach das Land überfluten und nur zu bald wird man es verstanden haben, alle leitenden Stellen auch in den Privatbetrieben mit Polen zu besetzen.

Große Sorgen sind bei den oberschlesischen Eisenbahnern entstanden. Die bisherige deutsche Eisenbahndirektion Kattowitz ist hinfällig geworden. Hunderte von Beamten müssen schon deshalb Kattowitz verlassen, weil sie in dem zu Polen kommenden Gebiete keine dienstliche Verwendung haben würden. Aber wohin diese Beamten mit ihren Familien auch kommen, sie werden keine Wohnung finden, obwohl es zum harten Winter geht. Ein bitteres Los erwartet sie. In Mysloiwitz an der bisherigen Demarkationslinie sollen in aller Eile Baracken aufgestellt werden, in denen diese unglücklichen Oberschlesier ein kümmerliches Unterkommen finden.

Aber nicht nur die Eisenbahnbeamten, auch alle übrigen Beamtenkategorien stehen unter einem schweren Drucke. Ein Führer der deutschen Beamten erklärte mir:

„Korfanty hat immer damit gerechnet, daß wenn nicht ganz Oberschlesien zu Polen kommt, so doch wenigstens das Gebiet, das von der Korfantylinie umschlossen wird. Im Vertrauen auf die französische Freundschaft glaubte er dieses Ziel sicher erreichen zu können. Entsprechend seinen hochgeschraubten Erwartungen traf er die Vorbereitungen für die künftige Verwaltung des Landes. Vor einer Reihe von Monaten hat er für alle Beamtenkategorien Anfänger- bezw. Fortbildungskurse abgehalten. In diesen Kursen wurden Hunderte von Beamten ausgebildet, wie man eine solche Ausbildung in Polen auffaßt. Wie weit diese Ausbildung von rein polnisch-national denkenden Personen ging, mag die Tatsache zeigen, daß allein vier Kurse zur Ausbildung von Telephonistinnen stattgefunden haben, genau so wie man Hunderte von Personen zu Lehrern im Handumdrehen ausgebildet hatte, die zu einem Teile schon während des Maiputsches auf die oberschlesische Jugend losgelassen wurden. Dieses Heer von Anwärtern, mit dem man einst glaubte, das ganze Oberschlesien besetzen und verwalten zu können, erwartet jetzt Erfüllung der gemachten Zusagen. Jeder Anwärter verlangt die ihm zugesicherte Stellung. Selbst wenn Polen die Beamtenstellen nach dem Muster von jenseits der bisherigen Grenze verdoppeln würde, ließe sich dieses Heer von Beamten nicht unterbringen, ohne daß zahlreiche deutsche Beamte weichen müssen. Hier liegt die große Not, die uns